

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Rheingönheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Freitag, den 17.11.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Dieter aus den Birken

Stefan Röth

### Schriftführer/in

Martina Majorosi

### Sonstige Teilnehmer/innen

Herr Trinh-Do, Leiter des Max-Hochrein-Hauses

## **Es fehlten:**

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

Ursula Seibel

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Niedhammer

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Vorstellung der Konzeption des Max-Hochrein-Hauses  
Vorlage: 20174777
4. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Sirenen im Ortsbezirk  
Vorlage: 20174967
5. Anfrage der CDU- Ortsbeiratsfraktion  
Widmung der Straßen im Neubaugebiet Neubruch  
Vorlage: 20174848
6. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Fahrradweg von der Bezirkssportanlage zur K 7  
Vorlage: 20174963
7. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Unzulässiges Parken im Grünstreifen im Kreuzungsbereich  
Vorlage: 20174849
8. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Baustelle am Hohen Weg/ Schulgässchen  
Vorlage: 20174964
9. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Nutzung öffentlichen Parkraums zur Lagerung von Baustoffen  
Vorlage: 20174850
10. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Sperrung der Fahrradbrücke über den Rehbach  
Vorlage: 20174965
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Anbindung des Adamshofs an das Frischwasser- und Abwassernetz der Stadt Ludwigshafen  
Vorlage: 20174847
12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Entwicklung der Mozartschule Rheingönheim  
Vorlage: 20174966
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Geschwindigkeitskontrollen in der Schwanengasse  
Vorlage: 20174866

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer. Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) und Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) haben sich aus beruflichen Gründen entschuldigt. Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) ist krankheitsbedingt entschuldigt. Da Frau Ortsbeirätin Seibel (CDU) unentschuldigt nicht zur Sitzung kommt, ist der Ortsbeirat nicht beschlussfähig.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage von Herrn Ortsvorsteher Wißmann erfolgen keine Wortmeldungen der anwesenden Bürger.

### **zu 2      Bericht Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Wißmann informiert, dass der Ausbau der Königstraße Fortschritte macht. Der erste Abschnitt zwischen Hilgundstraße und Hirschhornstraße ist fertiggestellt worden. Der zweite Abschnitt in der Hirschhornstraße ist in Arbeit. Die Kreuzung Hilgundstraße/Königstraße ist wieder frei. Die Arbeiten in der Königstraße im Bereich der Mozartschule sind beendet.

Im Bereich der Baustelle Hoher Weg war die Beschilderung wegen der Vollsperrung unbefriedigend. Einige Schilder haben gefehlt. Herr Ortsvorsteher Wißmann hat seinerseits moniert, dass am Wöllnerkreisel kein Schild stand mit dem Hinweis, dass die Straße auch in Richtung Neuhofen nicht befahrbar ist. Es wurde nur angegeben, dass der Weg nach Altrip nicht frei ist. Die Neuhöfer Bürger glaubten nicht an die Sackgassenschilder und sind immer wieder in den Hohen Weg eingefahren. Trotz Hinweis an die Stadtverwaltung erfolgte keine Änderung der Beschilderung. Es wurde kein Zusatzschild bezüglich Neuhofen installiert.

Die Mitarbeiter der Baufirma nutzen den Hohen Weg in Höhe des Kinderhortes als Parkplatz. Mitunter können die Kinder oder Mütter mit Kinderwagen nicht mehr auf dem Gehweg vorbeilaufen. Leider ist sein Anruf beim Ordnungsamt ergebnislos verhallt.

Die Busumleitung zeigte sich ebenso unbefriedigend, da die Buslinien 75 und 96 nicht an die Endschleife fuhren und ein Pendelbus war nur zweimal täglich im Einsatz. Auch die Bürger von Altrip und Neuhofen wurden von Seiten des Palatina Busunternehmens nicht richtig informiert. Im Ortsvorsteherbüro kamen etliche E-Mails diesbezüglich an. Mittlerweile hat sich dies erledigt. Seiner Meinung nach besteht Gesprächsbedarf mit den zuständigen Stellen.

Bedanken möchte er sich bei den Eltern der Kinder der Mozartschule, welche am Gemein-dehaus an der Ampel morgens Lotsendienst machen und schauen, dass die Kinder ordnungsgemäß die Straße überqueren.

### zu 3      **Vorstellung der Konzeption des Max-Hochrein-Hauses**

Herr Trinh-Do, Leiter des Max-Hochrein-Hauses, stellt kurz die Konzeption der Einrichtung vor und verteilt einen Flyer an die anwesenden Teilnehmer.

Das Max-Hochrein-Haus ist eine Einrichtung des Caritas-Verbandes zusammen mit dem Förderzentrum St. Johannes und St. Michael. Er ist seit 1990 dort Mitarbeiter im Bereich Gemeindepsychiatrie. St. Johannes ist der stationäre Bereich, welchen er bis August 2017 geleitet hat. Die Beratungsstelle hat er im September 2017 übernommen. Dies ist auch der Grund für die heutige Vorstellung. Die Konzeption wurde aufgrund der veränderten Bedarfslage in der Stadt angepasst. Die Anzahl der psychisch erkrankten und geflüchteten Menschen hat zugenommen. Deshalb wurde die Konzeption in Absprache mit Herrn van Vliet, dem Stiftungsrat und auch mit der Psychiatriekoordinatorin Frau Hilbert angepasst bezüglich der Öffnungszeiten und der Niedrigschwelligkeit der Angebote. Die Einrichtung ist jetzt von Montag bis Donnerstag von 9.00 Uhr bis 16.30 Uhr und am Freitag von 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr offen für alle. Die Angebote sind dem Flyer zu entnehmen. Das Anwesen ist recht groß, so dass im Gartenbereich, in der Werkstatt und in den Bereichen PC-Arbeit, Musik, Tanz, Gestaltung und Atelier niedrigschwellig für jeden etwas angeboten werden kann. Ein weiterer Aspekt ist auch, dass die Inklusion mehr gefördert werden soll. Es handelt sich nicht nur um eine Begegnungsstätte für psychisch erkrankte Menschen, sondern auch für alle Bürger der Stadt und für Vereine. Im Moment kommt der Verein „Tiere helfen Menschen“ ins Haus mit Therapiehunden (10 bis 12 Collies). Die Besucher, aber auch andere Bürger, haben die Gelegenheit mit den Hunden in Kontakt zu treten. Die Tiere haben keinerlei Berührungängste. Sie gehen freundlich auf den Menschen zu.

Im Erdgeschoß wurden das Wohnzimmer und der Wintergarten umgestaltet in einen Begegnungsraum. Der Ortsbeirat Friesenheim war kürzlich zu Besuch im Max-Hochrein-Haus und hat ein Zeichen der Verbundenheit gesetzt mit den Menschen, die oft am Rande stehen bleiben. Es gab einen Bericht in der Zeitung, so dass die Begegnungsstätte auch an Bekanntheit gewinnt.

Ein Grundsatz der Arbeit in der Gemeindepsychiatrie ist, dem Menschen Ansehen zu schenken, die Zuwendung wirkt neuroleptisch und hat keine Nebenwirkungen. Das menschliche Miteinander, das Einanderbeistehen hilft, bevor sich die Problematik chronifiziert und langwierig in der Behandlung wird.

Bezüglich der geflüchteten Menschen möchte er noch anmerken, dass es vielen Menschen aufgrund der Sprache noch nicht möglich ist, Therapieangebote wahrzunehmen oder die Wartezeiten dafür sind sehr lang. Deshalb wurden in Absprache mit der Stadt diese niederschweligen Angebote eröffnet, damit auch Menschen, welche lange auf der Flucht waren und nicht mit ihrer Psyche in Balance sind, einen Ort haben, an dem sie andere Menschen treffen können und das Ansehen von anderen genießen können. Es gibt im Haus auch Besucher, welche türkisch, arabisch oder persisch sprechen. Damit bietet sich eine Hilfe um Herauszukommen aus dem kleinen Quartier, in welchem sie sich jetzt befinden. Sie können dort gemeinsam singen, kochen, im Garten arbeiten. Hierbei entsteht Gemeinsamkeit. Gerade Musik ist eine sehr gute Form um einfach in Dialog zu kommen.

Die Ortsbeiratsmitglieder sind eingeladen vorbeizukommen um einen Vor- oder Nachmittag im Max-Hochrein-Haus zu verbringen und den Menschen dort Zeit zu schenken. Es kommen nicht nur Menschen aus der Stadtmitte, sondern auch aus den anderen Ortsteilen (z. B.

Ruchheim) oder anderen Städten (z. B. Speyer). Es fällt vielen Menschen leichter, sich in einem anderen Stadtteil zu äußern als an ihrem Wohnort.

Herr Ortsvorsteher Wißmann fragt nach, unter welchen Voraussetzungen die Besucher ins Max-Hochrein-Haus kommen. Werden sie vom Arzt überwiesen oder kommen sie von sich aus?

Herr Trinh-Do antwortet, dass es viele unterschiedliche Möglichkeiten gibt. Die Fachärzte verweisen auf das Max-Hochrein-Haus oder die Seelsorger in der Kirche. Es geht im Vordergrund darum, einen Ansprechpartner zu haben, welcher ausgebildet ist. Es kommen auch Menschen direkt vom Sozialpsychiatrischen Dienst, vom Gesundheitsamt oder direkt vom Krankenhaus „Zum guten Hirten“ aus der Abteilung für Psychotherapie. Im Max-Hochrein-Haus gibt es keine Behandlung oder Therapie, sondern jeder kann einfach kommen. Es gibt dort auch Menschen mit Psychoseerfahrung. Diese Erfahrungen kann man untereinander teilen.

Die Ortsbeiratsmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

#### **zu 4       Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Sirenen im Ortsbezirk**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) berichtet, dass es vor einiger Zeit Pressemeldungen darüber gab, dass die Stadtverwaltung Ludwigshafen in Teilen der Stadt Sirenen verbessert und verstärkt, weil sie schlecht hörbar waren. Es gab in Rheingönheim Beschwerden aus dem südlichen Teil des Ortsteils, insbesondere „Im Neubruch“ und „Im Kappes“, dass die Sirenen dort kaum hörbar sind. Da es Industriebetriebe im und um den Ortsbezirk herum gibt, ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger im Notfall schnell gewarnt werden. Hierzu dienen auch die Sirenen. Es wäre wichtig zu wissen, ob auch in Rheingönheim neue Sirenen geplant sind. Dem Presseartikel war nichts zu entnehmen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme der Feuerwehr aus.

Herr Ortsbeirat Röth fasst die Antwort zusammen, offenbar wollte man Rheingönheim bisher nicht mit neuen Sirenen ausstatten, aber jetzt wird aufgrund der Erweiterung des Neubruchs überlegt, auch hier Sirenen einzurichten.

Er hält es für sehr wichtig, dass auch Rheingönheim eine ausreichende Sirenenversorgung erhält. Nicht jeder Bürger hört Radio oder besitzt ein Smartphone. Auch diese Bevölkerungsteile sollen schnell und adäquat gewarnt werden. In den letzten Jahren ist im Süden nichts passiert, aber sieht man die Vorfälle der BASF in der letzten Zeit (Gaspipeline, Unfall im Landeshafen), dann zeigt sich, wie wichtig es ist, dass eine schnelle Warnung erfolgt. Man sollte die Verwaltung auffordern, hier eine kurzfristige Ausführung der Maßnahme vorzusehen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann wird dies an die Verwaltung zurückgeben, da in Rheingönheim die Firma Wöllner in unmittelbarer Ortsnähe ihren Standort hat, ebenso die Firmen Giuliani und Vögele.

Herr Ortsbeirat Röth weist daraufhin, dass vor ungefähr 1 ½ Jahren nördlich der Mörschgewanne der Altwarenbetrieb gebrannt hat und hier erfolgten Warnungen, aber nicht über Sirenen. Dieser Vorfall wurde damals auch im Ortsbeirat behandelt.

Die Firma Berkel ist ebenfalls ein großer chemischer Betrieb in unmittelbarer Nähe. Es gab einen Großbrand bei der Bäckerei Görtz, welcher zum Glück keine großen Folgen hatte.

**zu 5           Anfrage der CDU- Ortsbeiratsfraktion  
Widmung der Straßen im Neubaugebiet Neubruch**

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt mit, dass diese Anfrage schon früher im Ortsbeirat behandelt wurde.

Die Stellungnahme des Bereichs Tiefbau teilt Herr Ortsvorsteher Wißmann aus und liest vor, dass mit der Widmung der Straßen im Neubaugebiet Neubruch im Jahr 2018 zu rechnen ist.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) merkt dazu an, dass es sich um 18 Jahre handelt, welche inzwischen vergangen sind. Die Bürger, welche dort Eigentum erworben haben, haben während dieser Zeit noch keine Endabrechnung erhalten. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, was sie noch an Kosten zu zahlen haben und auch wie sich die Verkehrssituation nach der Widmung gestalten wird.

Die Ortsbeiratsmitglieder werden das Thema Mitte des Jahres 2018 noch einmal auf die Tagesordnung nehmen.

**zu 6           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Fahrradweg von der Bezirkssportanlage zur K 7**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert, dass der Fahrradweg vom Hohen Weg aus in Richtung Altrip schon öfter Thema im Ortsbeirat gewesen ist. Das letzte Stück Fahrradweg von der Bezirkssportanlage bis zur K 7 fehlt. Damit wäre das Radwegnetz in Richtung Altrip komplett, wenn dann auch die Rehbachbrücke wieder repariert ist. Die Stadtverwaltung hat im Haushalt schon vorgesehen, dass hier Grundstücke aufgekauft werden, damit ein Fahrradweg angelegt werden kann. Allerdings hat sich bisher nichts getan. Es stand Geld zur Verfügung, welches aber noch nicht eingesetzt wurde. Deshalb die Fragen: Wann soll der Radweg gebaut werden? Wurden die Grundstücke aufgekauft? Wenn nein, warum nicht? Gibt es schon Planungen, wie der Radweg aussehen soll? Wenn nein, warum nicht?

Herr Wißmann teilt die Stellungnahme des Bereichs Tiefbau aus und Herr Ortsbeirat Röth liest vor:

„Die Verwaltung möchte baldmöglichst mit dem Bau des Radweges zwischen der BSA und

K 7 beginnen. Leider sind der Verwaltung, bedingt durch die Haushaltslage der Stadt Ludwigshafen und dem aktuell von der ADD genehmigten Haushaltsplan in vielen Angelegenheiten die Hände gebunden; so muss für jeden Einzelfall die Unabweisbarkeit nachgewiesen werden. Bislang konnte diese Unabweisbarkeit für diesen Radweg nicht nachgewiesen werden.“

Herr Röth erläutert, dass die Stadt durch die Kommunalaufsicht nur die Maßnahmen durchführen darf, die zwingend sind. Der Radweg ist nicht zwingend notwendig, wäre aber wünschenswert. Er würde zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen. Das Fahrradwegenetz müsste hier dichter werden.

Der Tagesordnungspunkt wird in einer späteren Sitzung wieder angefragt werden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt fest, dass der Verkehr in den letzten 40 Jahren stärker geworden ist. Er ist der Meinung, dass der Radweg nach der K 7 sogar weitergeführt werden sollte bis nach Altrip. Nach der K 7 muss man die Straße überqueren und dann links abbiegen.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) sieht, dass die Haltung der Stadtverwaltung absolut kontraproduktiv ist. In der Öffentlichkeit herrscht die Meinung, dass die Bürger wieder verstärkt auf die Radwege geführt werden sollen. Die Notwendigkeit wurde hier nicht erkannt. Er fährt selbst viel Fahrrad und weiß, dass es kaum möglich ist auf den vorhandenen Radwegen in Richtung Otterstadt, Waldsee und Altrip zügig voranzukommen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann sieht auch die Notwendigkeit einer Verlängerung des Radweges in Richtung Limburgerhof. Hier endet der Radweg am Adamshof und dann muss man über die Schnellstraße mit Tempo 70. Es bestehen Gefährdungen für die Fahrradfahrer.

#### **zu 7           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Unzulässiges Parken im Grünstreifen im Kreuzungsbereich**

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) hat Beschwerden von Bürgern erhalten, dass beim Parken im Neubruch Anwohner ihre Fahrzeuge in den Kreuzungsbereich parken und somit die Einsehbarkeit gefährden. Auf dem beigefügten Foto ist zu erkennen, dass die Achsen der Fahrzeuge im Grünstreifen geparkt werden. Dies wird an verschiedenen Kreuzungen praktiziert. Die Anwohner möchten, dass dagegen etwas unternommen wird. Es wurden Findlinge gelegt, aber nicht in ausreichender Zahl. Der Grünstreifen muss geschützt werden und die Einsehbarkeit in die Kreuzung muss gewährleistet sein. Regelmäßige Kontrollen finden hier nicht statt.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Antworten der Bereiche Tiefbau und Grünflächen aus.

Herr Ortsbeirat Zell stellt fest, dass in der Stellungnahme dementiert wird, dass das Fahrzeug im Grünstreifen parkt. Das Foto zeigt es eindeutig. Es gibt hier auch bereits Auswaschungen des Erdreiches, da sich hier nicht nur ein Stammparker hinstellt, sondern sich auch etliche andere Autofahrer um diesen Platz bemühen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann ist der Auffassung, dass hier mehr Kontrollen nötig sind.

Herr Ortsbeirat Zell sieht die Antworten der Bereiche als widersprüchlich an. Der Bereich Straßenverkehr schreibt, dass das Aufstellen eines Findlings an dieser Stelle nicht geeignet ist, da es ein Hindernis auf dem Gehweg darstellen würde. Andererseits antwortet der Bereich Grünflächen „Wir werden, wie an anderen Stellen im Baugebiet, Findlinge zwischen den Bäumen legen lassen.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass der Ortsbeirat Rheingönheim mit diesen Antworten nicht zufrieden ist und um einen Begehungstermin außerhalb einer Ortsbeiratssitzung vor Ort bittet.

#### **zu 8           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Baustelle am Hohen Weg/ Schulgässchen**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass an dieser Baustelle ein unhaltbarer Zustand herrscht. Die Baustelle beeinträchtigt den Verkehr seit Monaten erheblich. Der öffentliche Straßenraum wird über Gebühr in Anspruch genommen. Der Schulweg ist nicht mehr sicher. Der Gehweg wird grundsaniert werden müssen. Vor diesem Hintergrund hat die SPD um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wie ist die Zufahrt für Rettungskräfte (insbesondere Feuerwehr) in die Schmiedegasse nach Sperrung der Zufahrt vom Hohen Weg aus möglich?
2. Wann ist mit dem Ende der Verkehrsbeeinträchtigungen zu rechnen?
3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass alle durch die Baustelle entstandenen Schäden am öffentlichen Raum nachhaltig beseitigt werden (insbesondere auch der Unterbau des Gehwegs und die durch die Errichtung eines Gerüsts verbogene Straßenlaterne)?
4. Wer hat die hierfür entstehenden Kosten zu tragen?
5. Wird die Gelegenheit genutzt, die stark in Anspruch genommene Teerdecke des Hohen Weges bei dieser Gelegenheit zu erneuern?
6. Wie beurteilt die Verwaltung die Verkehrssituation nach Abschluss der Baumaßnahmen hinsichtlich der Zufahrt zu den dreizehn Häusern?

Er liest die Antworten des Bereiches Straßenverkehr dazu vor:

Frage 1:

Die Zufahrt in die Schmiedegasse erfolgt für alle Verkehrsteilnehmer grundsätzlich über die Riedlangstraße.

Herr Ortsbeirat Röth merkt dazu an: Dies zeigt eine gewisse Realitätsferne der Verwaltung. Hier hätte eigentlich nicht der Bereich Straßenverkehr, sondern der Bereich Feuerwehr antworten sollen. Dann wäre mit Sicherheit erkannt worden, dass große Löschfahrzeuge oder das Fahrzeug mit der Drehleiter unter keinen Umständen den verkehrsberuhigten Bereich Ecke Riedlangstraße/Schmiedegasse hätten nutzen können. Es besteht hier eine Gefahr für

die Bürger im Bereich Schmiedegasse, weil die Drehleiter ausschließlich durch die Zufahrt Hoher Weg/Schmiedegasse eingesetzt werden kann. Das wird schon mit einem Rettungswagen eng, aber ein Löschfahrzeug kommt hier nicht durch. Die Verwaltung vernachlässigt hier die Sicherheit der Bürger.

Frage 2:

Die Verkehrsbeeinträchtigungen in der heutigen Form sind bis zum 31.01.18 genehmigt, da derzeit der letzte Rohbau angefangen wurde. Danach wird geprüft, wie weit Maßnahmen zurückgenommen werden können bzw. wie die Verkehrsführung in diesem Bereich verändert werden kann.

Die Fragen 3 bis 5 wurden leider nicht beantwortet, obwohl in der Stellungnahme der Bereich Tiefbau als zuständiger Bereich genannt wird.

Herr Ortsbeirat Röth bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass die Verwaltung diese Stellungnahme binnen innerhalb einer Woche auf postalischem Wege an alle Ortsbeiräte nachliefern soll.

Herr Ortsvorsteher Wißmann hätte gerne noch eine Stellungnahme der Feuerwehr zu dem Punkt der Schmiedegassensperrung. Hier sollte auch eine Ortsbegehung stattfinden mit der Feuerwehr. Es bestehen ebenfalls in der Riedlangstraße Probleme mit der Einfahrt großer LKW's, deshalb wurden die Betonpoller am Hohen Weg/Schmiedegasse mit einer Kette gesichert und die Bauherren in der Schmiedegasse haben einen Schlüssel dazu erhalten, damit ihre Baustoffe angeliefert werden konnten.

Herr Ortsbeirat Röth sieht diese Lösung für die Feuerwehr als problematisch an. Es geht bei einem Notfall oftmals um Sekunden, da kann nicht noch erst eine Kette mit dem Seitenschneider aufgebrochen werden, um zu dem Unglücksort zu gelangen. Dies wurde wie vieles an dieser Baumaßnahme nicht durchdacht.

Frage 6:

Da die beiden Ausfahrten Bestandteil der Baugenehmigung sind, dienen sie der Erschließung der Grundstücke und sind verkehrsrechtlich gesehen Grundstückszufahrten nach § 10 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), wie sie auch an anderen Straßen angetroffen werden. Sie sind damit dem öffentlichen Verkehrsraum untergeordnet. Vor diesem Hintergrund kann keine Beurteilung der Verkehrssituation nach Beendigung der Baumaßnahmen erfolgen. Diese Wege sind genehmigt und damit künftiger Istzustand. Der Nutzer der Grundstückszufahrten ist sowohl bei der Einfahrt, wie auch bei der Ausfahrt immer gegenüber allen Verkehrsteilnehmern (Fußgänger, Radfahrer, Kraftfahrzeugverkehr) wartepflichtig und hat diesen den Vorrang einzuräumen.

Herr Ortsbeirat Röth weist darauf hin, dass der Ortsbeirat im Januar 2017 bereits bei der Vorstellung der Baumaßnahme auf die Verkehrsproblematik hingewiesen hatte. Er äußert die Bitte, den zuständigen Baudezernenten Herrn Dillinger in die nächste Ortsbeiratssitzung einzuladen, um die Bauproblematik in Rheingönheim zu besprechen. Es gibt verschiedene Bauprobleme im Bereich z. B. Rehbachbrücke, Fahrradweg, Widmung. Es wäre sinnvoll, wenn der dafür zuständige Dezernent auch noch einmal die Genehmigungssituation der

Baustelle Hoher Weg erläutert und die ganzen Probleme, unter denen der Ortsteil zu leiden hatte.

Alle Ortsbeiräte und der Ortsvorsteher erklären sich einstimmig damit einverstanden, dass Herr Dezernent Dillinger zur Sitzung im Jahr 2018 eingeladen werden soll.

Herr Ortsvorsteher Wißmann sieht das Problem, dass die Maßnahme bis 31.01.2018 genehmigt ist. Dieser Termin wird mit Sicherheit nicht eingehalten werden können. Die Baufirma hat die Beeinträchtigungen bis zu diesem Datum beantragt. Hier hätte die Stadt sagen sollen, das ist zu lang, bis Jahresende müssen die Arbeiten fertig sein.

Herr Ortsbeirat Röth weist hin auf die Probleme mit den Häusern, welche recht nah an die Straße gerückt wurden. Hier wurde schon mit Stützen gearbeitet. Nach Fertigstellung muss der gesamte Fußweg und der Untergrund erneuert werden vom Bauträger, zudem muss er die Kosten dafür tragen. Die Stadtverwaltung wollte den Gehweg dort verbreitern, da er an dieser Stelle schon ein Nadelöhr darstellte. Eigentlich sollte ein Stück vom Grundstück gekauft werden, um damit den Gehweg zu verbreitern. Wenn man nun die Häuser sieht, welche bis an die Laterne vorgebaut werden, stellt sich die Frage, ob dieser Kauf wirklich erfolgte. Herr Dillinger sollte diese Frage auch erörtern.

#### **zu 9           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Nutzung öffentlichen Parkraums zur Lagerung von Baustoffen**

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) teilt mit, dass es Beschwerden gab, weil über mehrere Monate Europaletten und Schüttgüter abgelegt wurden auf öffentlichem Parkraum. Es handelte sich um Kantensteine, hohe und niedrige Bordsteine. Der Parkraum ist sowieso schon zu gering veranschlagt worden im Neubruch. Es gibt kritische Verkehrssituationen, wenn Besucher kommen. Man weiß nicht wohin mit den Fahrzeugen. Deshalb fanden die Bürger die Tatsache, dass hier über mehrere Monate private Baumaterialien in öffentlichem Parkraum abgestellt wurden besonders erschwerend. Auch Anhänger stehen herum und werden nicht bewegt. Bildmaterial wurde der Anfrage beigefügt. Die Frage ist: Darf künftig jeder Bürger seine Baumaterialien über einen Zeitraum von mehreren Monaten zwischenlagern? War diese Situation von der Stadtverwaltung genehmigt? Wenn nicht, wie sieht die weitere Vorgehensweise aus?

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahmen der Bereiche Tiefbau und Straßenverkehr aus.

Herr Ortsbeirat Zell liest vor, „dass am 07.11.2017 keine Baumaterialien mehr vorgefunden wurden. Wahrscheinlich wurden sie an dem gegenüberliegenden Grundstück eingebaut.“

Er merkt dazu an, nachdem die Anfrage der CDU an die Verwaltung gestellt war, wurden die Baumaterialien umgehend entfernt. Er hat dies beobachtet und in der Vergangenheit ist ihm dies schon öfter aufgefallen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann zitiert aus dem Text des Bereichs Straßenverkehr, „dass keine Genehmigung vorhanden war und dass ein Mitarbeiter vor Ort festgestellt hat, bei welchem Anwesen die Baumaterialien offensichtlich verbaut waren und dort mit der Hauseigentümerin gesprochen hat. Die Materialien waren am 02.11.2017 entfernt.“

Die Ortsbeiratsmitglieder und der Ortsvorsteher sprechen sich dafür aus, zur Information der Bürger einen Aushang im Schaukasten des Gemeindehauses zu machen mit den Kontaktdaten der Mitarbeiter beim Bereich Straßenverkehr.

#### **zu 10      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Sperrung der Fahrradbrücke über den Rehbach**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor. Es gab Presseberichte und auch Bürgerbeschwerden, weil die Rehbachbrücke gesperrt wurde. Die Rehbachbrücke ist erst vor einigen Jahren komplett erneuert worden. Vorher handelte es sich um eine Metallkonstruktion mit Holzbohlen. Jetzt besteht eine komplette Holzkonstruktion. Die Brücke wurde gesperrt wegen Verrottung der Bohlen. Gleichzeitig war die entsprechende Umleitung nicht an allen Punkten ausgeschildert, da die Verwaltung gegenüber der Presse die Aussage gemacht hatte, es würde sich um einen untergeordneten Radweg handeln. Der Radweg wird intensiv genutzt und ist Teil des internationalen Radwegs entlang des Rheins. Die SPD-Fraktion hat folgende Fragen dazu gestellt:

1. Weswegen wurde eine Sperrung der Brücke erforderlich und beschädigten Bohlen nicht zuvor ausgewechselt?
2. Mit welchem Material soll die Erneuerung erfolgen, welche Kosten entstehen?
3. Finden keine regelmäßigen Kontrollen aller städt. Brückenbauwerke statt?
4. Wann wird die Brücke wieder freigegeben, woraus ergibt sich die lange Bauzeit?
5. Die Brücke ist Teil des überregionalen Rhein-Radweges; wurden inzwischen hinreichende Hinweise auf Sperrung um Umleitung angebracht?
6. Nach der Sperrung der Rehbachbrücke im Bereich der Affenwiesen ist die jetzige Sperrung schon die zweite längere Sperrmaßnahme innerhalb weniger Jahre. Wie gedenkt die Verwaltung solche Sperrungen in der Zukunft zu vermeiden?

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme des Bereichs Tiefbau aus.

Herr Ortsbeirat Röth liest die Antworten vor:

Frage 1:

Das beauftragte Ingenieurbüro meldete nach der durchgeführten Hauptprüfung, dass der Holzbohlenbelag so stark geschädigt ist, dass die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben ist. Daraufhin wurde vom Bereich Tiefbau die Brücke sofort gesperrt.

Frage 2:

Die Sanierung des Belages soll mit einem glasfaserverstärkten Kunststoff erfolgen, der rutschhemmend und langlebig ist. Die Kosten für das Material und die Arbeitsleistung werden maximal 16.000 € betragen.

Frage 3:

Für den Unterhalt der rund 400 Ingenieurbauwerke der Stadt Ludwigshafen steht ein Mitarbeiter zur Verfügung. Um die Verkehrssicherheit der Bauwerke trotz der extrem geringen Personalressourcen wahrnehmen zu können, werden die Aufgaben der Bauwerksprüfung und laufenden Beobachtung nach DIN 1076 an externe Ingenieurbüros vergeben. Im konkreten Fall finden nach Ri-EBW-Prüf 2013 am Bauwerk 236 jedes Jahr eine Hauptprüfung und zwei Beobachtungen statt.

Frage 4:

Der Ersatz des Holzbohlenbelages musste geplant werden. Für die vorliegende Stützweite musste ein zugelassener Bohlenbelag gefunden und Konstruktionsdetails mit dem Hersteller geklärt werden. Aktuell läuft die Maßnahmengenehmigung nach deren Vorliegen das Material bestellt werden kann. Bei einer schnellen Lieferung des Materials könnte die Sanierung noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Frage 5:

Die Rehbachbrücke dient den Radfahrern und Fußgängern zwischen Ludwigshafen und Altrip. Auf diesem Weg gibt es direkt an der Rehbachbrücke die erste sinnvolle Verzweigung und damit auch Umleitungsmöglichkeit. An dieser Stelle wurde sofort mit Sperrung der Brücke eine Umleitung eingerichtet. Aus Ermangelung anderer Alternativen ist die Umleitung über die K 7 erforderlich geworden.

Frage 6:

Aus finanziellen Gründen können nicht alle 400 Ingenieurbauwerke redundant vorgehalten werden. Somit werden erforderliche Arbeiten immer wieder aufgrund statischer Randbedingungen oder Sicherheitserwägungen zu Sperrungen führen. Mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen ist eine Unterhaltung über das vorgeschriebene Maß hinaus nur begrenzt möglich.

Herr Ortsbeirat Röth sieht den letzten Punkt als besonders kritisch an. Auch dies sollte mit Herrn Dezernent Dillinger besprochen werden. Es gibt weitere Probleme, wie z. B. die Verrottung der Friedhofshalle. Die Verwaltung muss hier ihre Politik ändern. Vielleicht sollte im Stadtrat nochmal dafür werben, dass die derzeitige Politik nicht zielführend ist. Es kann nicht sein, dass die Bauwerke in einen kritischen Zustand kommen und dann Notsanierungen durchgeführt werden. Der Ortsbeirat Rheingönheim hatte auch bereits angeregt, dass im Bereich der Straßen regelmäßige Kontrollen durchgeführt werden sollen und die Straßen dann in Ordnung gebracht werden. Hier gab es genau die gleiche Antwort, dass dafür kein Geld zur Verfügung stehe. Man muss eine andere Diskussion in der Stadt beginnen, wie die Stadt lebensfähig erhalten werden kann.

Herr Ortsbeirat Wißmann sieht die Problematik, dass die Bohlen nicht von heute auf morgen verrottet sind. Hätten Kontrollen stattgefunden, so hätte man dies früher entdeckt.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) merkt an, dass sich ein privater Bauherr niemals so verhalten würde, sondern sich Gedanken machen würde um die Folgekosten. Hier hat die Verwaltung

ein Bauwerk verrotten lassen. Jetzt besteht die Problematik, dass Radfahrer diesen Weg nicht nutzen können. Hier sieht man um so mehr, dass es wichtig ist ein Radwegenetz zu bekommen in Richtung Altrip. Man hätte sich im Vorfeld schon für ein feuchteresistentes Baumaterial entscheiden können, denn die Brücke befindet sich in einem Gebiet mit hoher Luftfeuchtigkeit. Auch er sieht die Notwendigkeit mit Herrn Dillinger zu sprechen, wie man nachhaltig und präventiv Aufträge vergibt.

In die Diskussion sollte man noch einbringen, ob die Brücke in diesem Zustand, in dem sie sich jetzt befindet, überhaupt noch die Sanierung wert ist oder sollte man gleich über ein neues Bauwerk nachdenken mit nicht verrottungsfähigem Material? Sie ist sehr schmal, wenn sich zwei Radfahrer begegnen, reicht der Platz schon nicht mehr zum Fahren aus.

Die Ortsbeiratsmitglieder wünschen eine baldige Freigabe der Brücke.

**zu 11      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Anbindung des Adamshofs an das Frischwasser- und Abwassernetz der  
Stadt Ludwigshafen**

Herr Ortsvorsteher Wißmann wurde von den Anwohnern des Adamshofs angesprochen, weil dort nur eine Wasserversorgung über Brunnen besteht. Eine Trinkwasserleitung und ein Abwasserkanal fehlen. Hier muss regelmäßig die Wasserqualität kontrolliert werden, was auch Kosten verursacht. Über die TWL bestanden in der Vergangenheit keine großen Möglichkeiten aufgrund der hohen Kosten. Es war im Gespräch, ob die Anwohner sich in Privatinitiative Wasserleitungen legen lassen können.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt die Stellungnahme der TWL aus. Leider fehlt ein Plan, welcher in der Stellungnahme erwähnt wird.

Aus der Stellungnahme geht hervor, dass die Herstellung einer Leitung für die TWL mit hohen Herstellungskosten verbunden wäre (ca. 400 000,00 Euro). Dies wäre unwirtschaftlich. Eine Versorgung ist nur möglich, wenn die späteren Nutzer diese Kosten selbst tragen würden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat mit dieser Antwort gerechnet. Er hat vor ein Gespräch mit Herrn Scharffenberger von der TWL führen.

**zu 12      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Entwicklung der Mozartschule Rheingönheim**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass in der letzten Ortsbeiratssitzung angefragt wurde, wie die Entwicklung der Betreuenden Grundschule läuft, weil nicht alle Kinder mit Betreuungsbedarf aufgenommen werden konnten. Es geht jetzt darum, ob die Mozartschule groß genug ist für die Kinder, welche im Stadtteil wohnen. Es gibt derzeit eine Fünfüzigkeit im Bereich der neuen Klassen.

Er wird die Fragen der SPD-Fraktion und die Antworten aus der Stellungnahme des Bereichs Schulverwaltung zusammen vorlesen.

1. Über wie viele Unterrichts- und Sonderräume (z.B. Sporthalle) verfügt die Mozartschule derzeit?

Der Schule stehen zur Beschulung derzeit 15 Klassenräume und 1 Mehrzweckraum dauerhaft zur Verfügung. Ein Betreuungsraum wird ebenfalls als Klassenraum genutzt. Die ADD Neustadt, Außenstelle Schulaufsicht ist mit der Nutzung als Klassenraum einverstanden. Auch der Nutzung des Mehrzweckraumes als Klassenraum zur Unterbringung von geburtenstarken Jahrgängen wurde von der ADD zugestimmt. Zudem verfügt die Schule über zwei kleinere Differenzierungsräume (26 und 35 m<sup>2</sup>), einen Speiseraum für die betreuende Grundschule und eine Sporthalle .

2. Wie viele Klassen können höchstens parallel unterrichtet werden?
3. Über wie viele Klassen verfügt die Mozartschule im laufenden Schuljahr?

Die Organisation des Schulunterrichts erfolgt durch die Schulleitung. Derzeit werden 17 Klassen unterrichtet.

Herr Ortsbeirat Röth merkt an, dass die Antwort teilweise falsch ist. Es gibt Messzahlen, welche das Bildungsministerium herausgibt, wie groß eine Klasse sein darf. Allerdings ergibt sich eine Begrenzung der Klassen, die parallel unterrichtet werden können, durch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Räume.

Es gibt 17 Klassen und es gibt 17 Räume, wovon 2 nur mit Ausnahmegenehmigung benutzt werden, ist also die Kapazitätsgrenze der Mozartschule erreicht und es bestehen keine Reserven.

4. Wie sind die Prognosen der Schulentwicklungsplanung für die kommenden sechs Schuljahre?

Nach den Prognosen des Bereiches Stadtentwicklung werden die Schülerzahlen voraussichtlich wieder sinken (Die Verjüngung des Ortskerns und die Entwicklung der Neubaugebiete sind mitberücksichtigt).

Einschulungen:

Schuljahr 18/19: 75 Schülerinnen und Schüler

Schuljahr 19/20: 71 Schülerinnen und Schüler

Schuljahr 20/21: 72 Schülerinnen und Schüler

Schuljahr 21/22: 78 Schülerinnen und Schüler

Schuljahr 22/23: 75 Schülerinnen und Schüler

5. Wie will die Stadtverwaltung den künftigen Bedarf decken?
6. Sind bauliche Maßnahmen am Standort Hilgundstraße oder am reservierten Standort hinter der TG-Halle in Neubruich erforderlich/vorgesehen?

Die Schülerzahlen bewegen sich immer knapp am Klassenteiler, sodass eine dauerhafte Erweiterung und Förderung seitens der ADD nicht genehmigt wird. In der Prognose des Schulträgers können unvorhersehbare Entwicklungen oder Aufnahme von Kindern aus einem anderen Grundschulbezirk nicht berücksichtigt werden.

Um den hohen Bedarf bei der Betreuenden Grundschule, insbesondere bis 16 Uhr zu entschärfen, wäre die Umwandlung der Grundschule Mozartschule in eine Ganztageschule wünschenswert. Dies ist allerdings seitens der Schule und der Eltern keine Option und wird abgelehnt. Durch die Errichtung einer Ganztageschule könnten zusätzlich ein Ruheraum und ein Spielraum (je 60 m<sup>2</sup>) sowie eine Mensa abgebildet werden.

Er interpretiert die Aussage so, dass es zu einer Raumknappheit kommen kann. Die Klassenteilung muss so vorgenommen werden, wie es die Vorschriften vorsehen, damit keine zu großen Klassen entstehen. Die Stadt sollte Planungen vorsehen, wie man mit kurzfristigen Engpässen umgeht. Natürlich baut man keine neue Schule, wenn man knapp am Level ist. Dies wäre unverhältnismäßig und unvernünftig. Aber man muss Lösungen bereithalten, damit Schüler, wenn es zu Engpässen kommt, in Rheingönheim in vernünftigen Verhältnissen unterrichtet werden können. Alle Räume sind nach Aussage der Stadt schon jetzt in Nutzung. Es wird wieder einen starken Jahrgang geben. Er denkt, dass der Klassenteiler bei 24 Kindern liegt. Im nächsten Jahr werden zwar nicht wieder 5 Klassen voll, aber die größeren Klassen sind ja bereits da. Es ist nicht bekannt, wie viele Kinder abgehen aus der Grundschule. Es hätte präziser beantwortet werden können.

Im Frühjahr 2018 soll die Verwaltung noch einmal Zahlen bereitstellen, wenn die Anmeldungen der Kinder erfolgt sind, so dass man sehen kann, ob die Verhältnisse stimmen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass er einen Termin mit der Mozartschule und dem Schulverwaltungsamt hatte. Es sieht so aus, dass eine Erweiterung ein zu großer zeitlicher Aufwand wäre. Die Schule hat jetzt den Bedarf, aber nicht unbedingt an den Klassenräumen, sondern an den Betreuungsmöglichkeiten. Es bestehen Wartelisten von Kindern, welche nicht in die Betreuung aufgenommen werden können, weil die räumlichen Möglichkeiten nicht vorhanden sind. Er hat einen Vorschlag gemacht, von welchem er aber die Unterstützung des Ortsbeirats braucht. Es stehen noch die 12.500 Euro Spende von der Sparkasse aus. Sein Vorschlag wäre, zwei Container zu kaufen von diesem Geld. Für die Betreuung ist ein normaler Wohncontainer möglich. Der Mozartschule wäre damit sehr gedient. Unterricht ist in einem solchen Container nicht möglich, da er hierfür 3 Meter hoch sein müsste. Aber für die Betreuung reichen die 2,50 Meter Höhe eines normalen Wohncontainers aus. Der Ortsbeirat sollte bei Gelegenheit darüber reden. Herr Ortsvorsteher Wißmann wird Angebote einholen. Dies wäre eine kurzfristige Möglichkeit der Mozartschule zu helfen. Wenn die Container nicht mehr gebraucht werden, dann bleiben sie im Eigentum des Ortsteils Rheingönheim und können somit auch wieder verkauft werden. Die Schule wäre damit auch einverstanden und auch die Schulverwaltung. Herr Kazik würde sogar die Stromleitung und PC-Leitung legen, damit auch eine Möglichkeit bestünde am PC zu arbeiten. Herr Ortsvorsteher Wißmann fände diese Investition in die Kinder besser als für die Verwendung zur Renovierung des Gemeindehauses. Diese Renovierung ist übrigens im städtischen Haushalt 2020 vorgesehen.

Herr Ortsbeirat Röth ist ebenfalls der Meinung, dass man den Vorschlag weiter diskutieren sollte.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) fragt nach, ob überhaupt Stellmöglichkeiten für die Container vorhanden wären?

Herr Ortsvorsteher Wißmann bejaht dies. Es gibt einen Platz, der dafür geeignet ist (derzeitiger Standort der Papiercontainer und des Spielgerätehauses.)

**zu 13      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Geschwindigkeitskontrollen in der Schwanengasse**

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass etliche Bürger sich beschwert haben, weil die Schwanengasse eine Spielstraße ist und in diesem Bereich zu schnell gefahren wird.

Er verliest die Antwort des Bereichs Straßenverkehr:

„Im Jahr 2017 konnte in der der Schwanengasse keine Geschwindigkeitsmessung vorgenommen werden. Die Schwanengasse ist zwar im Dienstplan vorgesehen, allerdings gestaltet sich eine Messung aufgrund der Parksituation in dieser Straße schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Teilbereich der Straße nicht gerade verläuft. Aus technischen Gründen ist eine Messung in Kurven bzw. Verschwenkungen nicht oder nur sehr schwer zu realisieren.

Der Verwaltung ist lediglich ein Bürger bekannt, welcher über erhöhte Geschwindigkeit in der Schwanengasse berichtete. Diesem wurde auch am Telefon von Frau Teutsch (Teamleiterin) mitgeteilt, dass versucht wird, Messungen durchzuführen. Dies konnte aus den aufgeführten Gründen noch nicht umgesetzt werden. Allerdings ist diese Straße weiterhin im Dienstplan vorgesehen, sodass diese weiterhin angefahren wird.

Wir werden des Weiteren prüfen, ob in Höhe Hausnummer 24 bzw. 28 eine Geschwindigkeitsmesstafel angebracht werden kann.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt an, dass er mehrere Bürgerbeschwerden vorliegen hatte. Er hatte bereits angeregt, dass man hier Kontrollen durchführt. Er sieht die Notwendigkeit von Geschwindigkeitskontrollen auch in der Riedlangstraße und er gibt dies an den Bereich Straßenverkehr weiter.

Die Ortsbeiratsmitglieder akzeptieren diese Antwort des Bereichs Straßenverkehr.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um  
19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.01.2018

---

Martina Majorosi  
Schriftführer

---

Wilhelm Wißmann  
Vorsitzende/r